

FCGÖ • Julius-Fritsche-Gasse 44 • 5111 Bürmoos

An das

L4.4 - Bürgerservice der Parlamentsdirektion  
z.H. Teamleiterin Mag.<sup>a</sup> Barbara Blümel MAS

barbara.bluemel@parlament.gv.at

Vorsitzender

Pastor Edwin Jung MA

Julius-Fritsche-Gasse 44, 5111 Bürmoos

edwin.jung@fcgoe.at

m: +43 (0)676 8969 2600

Bürmoos, am 04. April 2019

## Stellungnahme der

### **Freien Christengemeinde – Pfingstgemeinde Österreich zur parlamentarischen Bürgerinitiative #FAIRÄNDERN – Bessere Chancen für schwangere Frauen und für ihre Kinder (54/BI)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Vorstand der Freien Christengemeinde Österreich unterstützt mit allem Nachdruck im Sinne seiner tausenden Mitglieder alle sechs Forderungen der parlamentarischen Bürgerinitiative #FAIRÄNDERN:

1. Offizielle Statistik und anonyme Motivforschung zu Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich.
2. Hinweispflicht des Arztes auf Unterstützungs- und Beratungsangebote für schwangere Frauen.
3. Breitgefächertes Beratungs- und Unterstützungsangebot für Eltern.
4. Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs.
5. Informationskampagne über Adoption/Pflege als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch.
6. Abschaffung der eugenischen Indikation.

## Begründung

Frauen mit unerwarteten – bzw. Konfliktschwangerschaften fühlen sich oft – speziell auch mit ihren Gefühlen - allein gelassen und damit unter Druck durch wirtschaftliche Umstände, Unverständnis ihres Partners, der Eltern oder sonstige Angehörige sowie Kolleginnen. Hier bedarf es Hilfe bei der Entscheidungsfindung, die die Forderungen der Initiative berücksichtigt.

*www.fcgoe.at*

*Pulsierende Gemeinden, die Gott und Menschen lieben*

Die zumindest 3 tägige Bedenkzeit zwischen der Beratung und dem für das Ungeborene tödlichen Eingriff ist eine die Selbstbestimmung der Frau fördernde Frist, weil sie Zeit geben würde, Entscheidungen nicht rein aus ersten emotionalen Empfindungen her zu treffen, sondern auch Alternativen mit zu überlegen.

Ganz wichtig ist auch die offizielle Statistik und anonyme Motivforschung zu Schwangerschaftsabbrüchen, wie sie es in Österreich (neben Luxemburg) als eines von zwei Ländern Europas noch nicht gibt!! Aus den daraus resultierenden Erfahrungen können für Frauen bestmögliche Beratung und Betreuung sowie Alternativen zur Abtreibung (Adoption/Pflege) sowie Aufklärung über mögliche körperliche, psychische (Depressionen) sowie seelische (Schuldgefühle, Schlaflosigkeit) Störungen geboten werden. Weil ja, wie die Erfahrungen zeigen, Abtreibungen häufig schwerwiegende Auswirkungen für davon betroffene Frauen haben.

Dazu gehört natürlich auch ein umfassendes Beratungs- und Unterstützungsangebot für Eltern, die voraussichtlich ein Kind mit Behinderung erwarten.

Darauf soll seitens der Ärzte verpflichtend hingewiesen werden, was derzeit in der Praxis zu wenig passiert. Frauen berichten, dass sie sich nicht für die Abtreibung entschieden hätten, wären sie über rechtliche, finanzielle sowie psychosoziale Aspekte und Unterstützungsmöglichkeiten hingewiesen worden und hätten sie eine längere Bedenkzeit einhalten müssen.

Was die eugenische Indikation anbelangt, wo ausgereifte Menschen durch Injektion im Mutterleib getötet und anschließend mit Werkzeug zerstückelt herausgeholt werden, so ist dies ein Vorgang, der - so wie die Abtreibung an und für sich – viele Ärzte in ihrem Gewissen schwer belastet – und in einem zivilisierten Land, das auch (eventuell) behindertes Leben nicht diskriminiert, keinen Platz haben darf.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Vorstand



Pastor Edwin Jung MA

Vorsitzender